Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zubeugen, sei auch das Selbstverständliche gesagt: Es kann sich in unsern schweizerischen Verhältnissen niemals um eine Verdrängung oder auch nur Vesehdung der Antiqua handeln. Die brauchen wir ebenfalls. Aber wir wollen behalten und behaupten, was unsere Eltern und Voreltern uns überliesert, wir wollen die traute, alte Deutschschrift nicht aus Vüchern und Vriesen verbannt wissen. Sollte die Wonne oder Wut des Abschaffens sich auch hierin durchsetzen — gewiß würde eine spätere Zeit die Beseitigung der Fraktur als einen Verlust beklagen, genau wie wir heute die Niederlegung der alten, schönen Baudenkmäler unserer Städte und Städtschen als eine kulturelle Nissetat und nicht als einen "Fortschritt" ansehen. Soll sich wirklich nun auch bei der Schriftsrage die Torheit der Ratensburger wiederholen?

Volitische Rundschau.

Soweizerifche Umichau.

In wenigen Tagen begeht man in der Schweiz den Nationalfeiertag. Bei der großen Gedenkseier der Gründung der alten Eidgenossenschaft im Jahre 1891 wurde diese Feier des 1. August eingesetzt. Es schien wünschdar, daß auch die Schweiz ihren Nationalseiertag besitze, und da die neue Schweiz keinen Bastillesturm und keine Schlacht von Sedan in ihrer damals 43 jährigen Geschichte zu verzeichnen hatte, machte man ein Anleihen bei der alten Eidgenossenschaft. Es haftet unserer Bundesseier heute noch etwas Erkünsteltes an und die Art, wie sie an einzelnen Orten im Schweizerland geseiert wird, ist auch nicht dazu angetan, ihr die notwendige Weihe zu verleihen. Das Schönste sind die Feuer, die an diesem Tage auf den Bergen brennen. Die wackeren Sennen im Vernerland haben vor Jahren jeweils einige Wochen früher, im Juli, am St. Jakobstag, ihre Holzstöße auf den Vergen angezündet, zum Andenken an die Abstimmung des Vernervolkes vom Jahre 1831 über die liberale Versassung, die das Patriziat politisch beseitigte und noch früher als Andenken an den Sieg der Berner über die Gründer der Eidgenossenschaft bei Villmergen

Am 1. August sollen wir der Gründung der alten Eidgenossenschaft gedenken, des ewigen Bundes der vier Landsgemeindedemokratien im Herzen Helvetiens, aus welchem sich im Laufe zweier Jahrhunderte das kraftvolle Gebilde des "großen Bundes in oberdeutschen Landen" entwickelte. Die Form der alten Eidgenossenschaft ist im Jahre 1798 mit französischen Gewehrkolden zerschlagen worden. Seit 1848 leben wir in einer neuen Schweiz. Diese neue Schweiz hat die Stürme noch nicht siegreich bestanden, die jeder Staat bestehen muß, wenn das ihn tragende Staatsvolk zu einem unerschütterlichen Fundament werden soll. Wenn wir die Prüfung bestehen wollen, müssen wir die Form vom Jahre 1848 mit dem Geist der alten Bünde erfüllen, dem Geist der ersten schönen Zeiten.

In Bern wird gegenwärtig wiederum über die Zonenfrage verhandelt, sehr mühsam, wie man aus dem Bundeshause vernimmt. Wie bekannt, ist man auf schweizerischer Seite bereit, auf das Servitut auf französisches Gebiet zu verzichten. Nach den Regeln des Privatrechtes, die wohl auch hier anwendbar sind, wäre die einzige Rompensation für die Aufgabe des Gebietsrechtes die Errichtung eines neuen Gebietsrechtes, eines neuen dinglichen Rechtes auf französisches Gebiet. Der Bundesrat hat von vornherein auf eine Kompensation verzichtet, die dem durch erzwungenen Berzicht entrissenen dinglichen Recht auf Hochsavonen entsprechen würde. Man disfutiert heute in Bern über einzelne Posten von Waren, die zollfrei oder zu reduzierten Zöllen über die genferisch-schweizerische Grenze ein= oder ausgeführt werden sollen. Nach den uns heute vorliegenden Pressemelbungen ist man in dieser Beziehung in Bern noch weit von einer Lösung entfernt. Auch sollen noch große Differenzen bezüglich der allgemeinen Bestimmungen des Entwurfes bestehen, so daß wir zur Stunde noch nicht wissen, ob es zu einer Einigung kommt. Rommt es nicht dazu, dann wird es sich zeigen muffen, ob wirklich Frankreich die Seiligkeit der Berträge noch anerkennt oder nicht. Rommt es aber entgegen unserer Befürch= tung doch zu einer Einigung, dann ist es Pflicht aller aufrechten Demokraten im Parlament und im Bolte, jeden Versuch, den mit Frankreich über die Abschaffung der Zonen zustande gekommenen Staatsvertrag dem Referendum zu entziehen, zu verhindern.

Die vom Großen Rate des Kantons Teffin eingesette großrätliche Untersuchungstommission hat ihren Bericht über die D'Annungio-Carmine-Affare erstattet. Der Rat erteilte den Professoren, die an der Unterzeichnung der bekannten Adresse an d'Annungio teilgenommen haben, einen sanften, väterlichen Tadel. Frl. Bontempi, die Herausgeberin des irredentistischen Blattes "Adula" und zugleich Inspettorin der Rleinkinderschulen im Tessin, soll dem Vernehmen nach durch Aufhebung der Inspektoratsstelle, die aus finanziellen Gründen erfolgen soll, indirekt gemaßregelt werden. Man kann nicht behaupten, daß die Tessinerbehörden die Freunde d'Unnunzios und Carmines rücksichtslos behandeln Man hat s. 3t. im Beitritt der Schweiz zum Versailler Völkerbund vielerorts die Gefahr erblickt, daß dadurch die stets vorhandenen zentrifugalen Kräfte in unserem national uneinheit= lichen Bolke an Intensität gewinnen. Im Tessin traten diese zentrifugalen Kräfte zuerst in Erscheinung. Das Wissen von der Bestimmung der Eidgenossenschaft fehlt aber nicht nur bei einzelnen Intellektuellen im Tessin. In unserem ganzen Bolke wirkt die gemeinsam durchlebte Geschichte nicht mehr nachhaltig genug nach, wodurch die Erfüllung der Gegenwartsaufgaben der Eidgenoffenschaft erschwert wird: Der Ausbau unserer schweizerischen Demokratie und die bewußtschweizerische Außenpolitik unseres Staates, der mit seiner Freiheit auch die Freiheit aller unterdrückten europäischen Bölker verteidigt. Unser Staat ist zwischen Alpen und Jura einge= bettet, er erfüllt also geographisch die Vorbedingungen für eine nationale Politik nach außen und nach innen; aber hinzu muß noch kommen die dem Staatszweck und dem Ziele der schweizerischen Politik entsprechende wirtschaftliche und soziale Struktur des Bolkes und eine Erneuerung des Schweizertums!

Die Bewegung gegen den neuen provisorischen Zolltarif, der seit 1. Juli in Kraft ist, hat weiter zugenommen. Es war nicht anders zu erwarten, als daß

die Bevölkerung derjenigen Teile unseres Landes, die vorzüglich von der gegenwärtig fast hoffnungslos darniederliegenden exportierenden Luxusindustrie abhängig sind, gegen die Schutzollpolitik des Bundesrates Stellung nehmen würde. Denn diese will ja die eigentliche nationale Produktion, d. h. die Produktion lebensnotwendiger Güter für den Inlandsmarkt schützen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob tatsäch= lich die Not der Luxusindustrien dadurch behoben wird, daß man einen Schutzoll überhaupt verwirft. Heute interessiert uns vor allem die Tatsache, daß die Volksbewegung gegen die neuen Bölle Angehörige aller Parteien umfaßt, sich um Parteischranken wenig oder gar nicht kummert. Die Initiative gegen die neue Zollpolitik des Bundes wird von Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei unterstütt. Ferner neigen, wie das st. gallische Beispiel beweist, auch Gruppen der katholisch-konservativen Fraktion dazu, die Zollinitiative zu unterstüzen. Diese Initiative wird innerhalb der großen bürgerlichen Parteien weitern Sprengstoff ansammeln. Es wird interessant sein, zu vernehmen, was die freisinnigen und katholischen Bauern zu der neuesten oppositionnellen Politik ihrer städtischen Parteigenossen sagen werden. In kurzester Frist wird zweifellos die Abwehr derjenigen Areise erfolgen, die für die Wirtschafts= politik des Bundesrates eintreten und die daran vorzüglich interessiert sind.

Die Gewerbeleute haben sich fürzlich in einer Tagung in Bern noch einmal mit aller Entschiedenheit für eine Fortsetzung des Regimes der Einsuhrbeschränkungen ausgesprochen und die Landwirtschaft wird erbittert dafür kämpfen, daß wenigstens in den Grundzügen die Schutzollpolitik des Bundesrates bestehen bleibt. Allerdings: der Gewerbestand tritt wohl in seiner überwiegenden Mehrheit für Einsuhrbeschränkungen ein, also für einen Teil der neuen Wirtschaftspolitik; für die Zollerhöhungen im provisorischen Zolltarif, der am 1. Juli in Kraft getreten ist, setzt er sich, so weit wenigstens Positionen in Frage stehen, die einen Schutz der Landwirtschaft bedeuten, nicht so sehn er ist als Konsument landwirtschaftlicher Produkte am Abbau der Lebensmittelpreise auch interessiert.

Un dem Zustandekommen der nötigen Unterschriftenzahl für die Zollinitiative ist nicht zu zweifeln. Aber die Unterzeichner sollten sich alle klar darüber sein, daß sie sich nicht gegen den fürzlich in Kraft getretenen Zolltarif richten kann, denn dieser wird zur Zeit der Volksabstimmung über die Initiative wohl schon längst außer Kraft sein. Die Initiative richtet sich gegen eine zukunftige Schutzollpolitik überhaupt. Grundsätze über eine zukunftige Zollpolitik gehören aber nicht in eine Verfassung. Es ware vom politischen Standpunkte aus denn doch sehr mißlich, heute, zu einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit, den Bundesrat durch genau formulierte Verfassungsvorschriften zwingen zu wollen, Grundsätze für eine zukunftige Zollpolitik anzuerkennen, an die er sich auf alle Fälle halten soll. Schon lit. 6 des Art. 29 der Bundesverfassung scheint uns unglücklich zu sein, derartiges gehört nicht in die Verfassung. Seute kennt man die Realitäten gar nicht, denen der schweizerische Staat und die schweizerische Volkswirtschaft in fünftigen Jahren gegenüberstehen werden. Nach unserer Ansicht läßt sich, heute wenigstens, die freihandlerische Politik nicht mehr mit dem Staatsinteresse in Bereinbarung bringen. Und wenn heute gesagt wird, daß es Pflicht der Schweiz sei, in dieser Zeit der nationalen Abschließung, des verschärften Schutzolles, der Valutas misere, der Arbeitslosigkeit bahnbrechend für die freie Weltwirtschaft und den freien Welthandel einzutreten, so wird dabei vergessen, daß erste Pflicht eines jeden Staates nicht das Eintreten für eine Idee ist, mag diese noch so sympatisch sein, sondern seine erste Pflicht bleibt die Verfolgung seiner eigenen Interessen. Bahnbrechend kann man auf allen möglichen Gebieten vorangehen, ohne daß dies Schädigungen im Gefolge hätte. Auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung aber, die Ziele der äußern und innern Politik zu versolgen hat, müssen wir das Bahnbrechen den Großen überlassen. Eine Umkehr zum absoluten Freihandel muß, und wird sie noch so laut verlangt, mit aller Entschiedenheit bekämpst werden. Unsere Landwirtschaft darf auf gar keinen Fall ohne ausreichenden Schutz gelassen werden, desgleichen nicht unser Gewerbe und unsere Industrie, so weit sie lebensnotwendige Güter erzeugt. Wir haben bis heute derartige trübe Erfahrungen mit jeder Art von sog. Idealpolitik zu Gunsten ausländischer Mächte gemacht, daß wir nicht versucht sein sollten, sie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik fortzuseten.

23. Juli 1921.

Sans Zopfi.

Beltpolitifche Betrachtung.

Gewitterschwer und unheilvoll hängt der politische Himmel in diesen heißen Sommerwochen über Europa. Es ist als ob sich die Geschichte mit Borliebe den Sommer für ihre folgenschwersten Entscheidungen auswählte. Im Hochsommer 1870 brach das Ungewitter des deutsch-französischen Krieges los. In den heißen Wochen des Sommers 1911 ballten sich ichon einmal dräuend Gewitterwolken gusammen, die schließlich am 1. August 1914 im Ausbruch des Weltkrieges zur Entladung kamen. Und wieder ist heute, sieben Jahre nach jenen entscheidungsschweren Tagen und etwas mehr als zwei Jahre nach Abschluß des Friedens die politische Luft so drückend und schwül und mit Unheil geladen, wie je in früheren Tagen. Allerdings — und das ist eine der Folgen des Ausgangs des Weltkrieges — hängt es heute nicht mehr von dem mehr oder weniger freien Willen der Führer der europäischen Bölker ab, wozu sie ihre Völker führen oder nicht führen wollen. Die Völker des europäischen Festlandes sind heute zum weitaus größten Teil nurmehr Objekt, nicht mehr selbst Subjekt der Weltpolitik. Nicht auf dem europäischen Festland wird heute letten Endes unser europäisch festländisches Schicksal entschieden, sondern dort, wohin sich der Schwerpunkt des Weltgeschens seit 1918 verschoben hat, in London oder Washington. Davon, was dort in den nächsten Monaten — den entscheidungsschwersten seit etwa 1900, als Frankreich durch England von seiner kolonialen Einstellung zur kontinentalen zurückgelenkt, sich England annäherte und damit den Grundstein zu der gegen Deutschlands Emporstreben gerichteten Entente legte, aus der der Weltfrieg von 1914/18 entsprang — entschieden wird, hängt auch das fünstige europäische Schickfal ab.

Um 20. Juni wurde in London die Reichskonferenz des britischen Imperiums eröffnet. Es handelt sich heute für dieses weltumspannende Reich um Fragen des Seins oder Nichtseins. Wohl ist es als Sieger und mit großer Siegerbeute aus einem Ringen hervorgegangen, in dem ihm das Wasser mehrmals dis an die Rehle ging. Aber seine Weltstellung ist nicht mehr diesenige, wie vor 1914. Seinen unsmittelbar gefährlichsten und verhaßtesten Nebenbuhler, Deutschland und dessen Weltsstellung hat es zwar vernichtet, aber vielleicht gerade dadurch — gibt sich darin eine tiese innerste Gerechtigkeit der Weltzeschichte kund? — eine Konstellation gesschaffen, die ihm selbst zum Verderben zu gereichen droht.

Ju Japan steht England in keiner Gegensählichkeit. Beider Interessengebiete berühren sich, aber überschneiden sich nicht. England läßt Japan in China und Sibirien freie Hand. Japan mischt sich nicht in Englands oftasiatischen Herrschaftsbereich. Das Miteinandergehen der beiden Länder gewährleistet Oftasien den Frieden. Der Störenfried kommt von anderer Seite: von Amerika.

Die Bereinigten Staaten mit ihrer bald 120 Millionen zählenden Bevölterung streben nach Absakmärkten für ihre gerade durch den Krieg zu gewaltigem Umfang angewachsene Industrie, nach Anlagemöglichkeiten für ihre ungeheuren Rapitalien und nach Rohstoffbesit, der ihnen völlige Unabhängigkeit von fremden Bezugsquellen gewährleistet. Rühn, tatkräftig, unternehmungelustig, aus bem Krieg äußerlich und innerlich gefestigt hervorgehend, treten sie in den Wettbewerb um Weltgeltung und Weltherrschaft ein. Die Richtung ihrer Ausdehnung geht nicht rückflutend nach dem alten Mutterland Europa. Dort ist längst alles verteilt und kein Fled Erde mehr, dessen Aufnahmefähigkeit nicht schon übersättigt ware — die Bereinigten Staaten haben auch mährend des Rrieges immer betont, daß sie nicht nach Europa in den Rrieg zögen, um dort Eroberungen zu machen -. Ihr Ausdehnungsdrang greift über den Stillen Dzean hinüber nach alten Rulturländern Oftafiens: China, oder nach den noch der Ausbeutung harrenden Gebieten Sibiriens. Damit durchfreugen sie nun zwar nicht den Interessen= und Herrschaftsbereich des englischen Imperiums auch zu Amerika steht England in keinem Interessengegensat - wohl aber einer andern Macht, die, wie Amerika, zu den stillen Gewinnern des Weltkrieges gehörend, von Tatkraft und Unternehmungelust geschwellt, nach einem Weltreich trachtet: Japan!

Japan sollte durch den Friedensvertrag die bevölkerungs- und rohstoffreichste Proving Chinas, Schantung erhalten. Außerdem ist ihm das strategische Erbe Deutschlands im Stillen Dzean: mehrere für seine Seestellung außerst wichtige Inselgruppen, zugefallen. In Sibirien steht es im Begriff, sich dauernd festzuseten, wogegen ihm von dem gänzlich wehrlosen Rußland noch auf lange Zeit hinaus kein namhafter Widerstand erwachsen wird. All das steht in direktem Gegensatzu Amerikas Intereffen. Amerika verlangt offene Tur in allen Provingen Chinas und in Sibirien und empfindet die ehemals deutschen Inseln in japanischem Besitz als eine Bedrohung seiner Zufahrtstraßen. Und zu guter lett ist dem Amerikaner die Festsetzung der Japaner in seinem eigenen Land, wo sie ihm mit ihrer Genügsamkeit die eigenen Arbeiteräfte unterbieten, tief verhaßt. Darum wird jeder Ausgleich, der sich zwischen Amerika und Japan vielleicht treffen läßt, ein Ausgleich auf Zeit sein. Beides sind junge, zur Weltmacht emporstrebende Nationen, die unglücklicher- aber unvermeidlicherweise - die übrige Welt ist schon verteilt - die nämlichen Länder und Bölker zum Ausgangspunkt ihrer Weltstellung nehmen wollen. Japan oder Amerika, das wird wohl die fünftige Losung für die Herrschaft im Stillen Dzean und seine westlichen Randgebiete sein.

Zwischen diesen beiden Rivalen auf Leben und Tod steht England, selbst keinem von beiden Rivale und doch vor die Notwendigkeit gestellt, sich für den einen oder den andern zu entscheiden. Bisher war England Japans Berbündeter und im Falle eines Krieges zu seiner bedingungslosen Unterstützung verpslichtet. Dieser Tage war dieses Bündnis abgelaufen und England vor die Wahl gestellt, es zu erneuern oder nicht. Die Entscheidung darüber zu treffen, war die Reichstonsferenz aller Vertreter des Britischen Imperiums zusammengerusen worden. Die Stimmen der Dominions und Kronländer selbst waren geteilt. Für die Erneuerung

waren die Stimmen der selbst im Osten gelegenen und auf ein gutes Einvernehmen mit Japan angewiesenen Länder: Australien, Neuseeland, Indien. Dagegen Ranada. Unbestimmt Südasrika. Das Mutterland selbst hat noch nicht entschieden. Um Zeit zu gewinnen, wurde das Bündnis vorläufig automatisch um ein Jahr bis zum Juli 1922 verlängert. Das bedeutet eine Aufschiedung, aber keine Lösung. Diese muß früher oder später getroffen werden. Wie sie ausfällt, davon wird die Weltgeschichte der nächsten 50 oder 100 Jahre, ja vielleicht vieler Jahrhunderte abhängen.

Wie wird England entscheiden? Wie kann es, wie muß es entscheiden? Wenn die Antwort auf diese Frage so eindeutig gegeben werden könnte, dann wäre sie längst gefallen. Die Existenz des britischen Imperiums steht aber auf dem Spiel. Und zwar so oder so, mag die Entscheidung ausfallen wie sie will. Erneuert England das japanische Bündnis nicht, dann gewinnt es dadurch zwar Amerikas Freundschaft, und ein Bündnis zwischen den zwei angelsächsischen Weltmächten wird die Folge sein. Aber es muß diese Freundschaft teuer bezahlen mit seiner eigenen Weltgeltung; es wird im Bunde der Schwächere sein; das stolze England muß im Schlepptau des amerikanischen Emporkömmlings fahren. Denn einmal ist ein amerikanisches Bundnis undenkbar ohne eine Lösung der irischen Frage zu Gunsten der Irländer. Ein selbständiges Irland bedeutet aber eine sehr große Schwächung Englands. Die heute mit Irland eingeleiteten Berhandlungen sind als ein erfter Schritt auf dem Wege zu Amerika zu werten. Ihr Ausgang wird zugleich symptomatisch sein für Englands Wahl zwischen Japan oder Amerika. Weiter aber gerät der ganze oftafiatische Besitz Englands in Gefahr, wenn England Japan in seinem Kampfe mit Amerika im Stiche läßt. Die östlichen Dominions und Länder, Auftralien, Reuseeland und Indien treten nicht vergebens für die Erneuerung des japanischen Bundnisses ein. Sie können ermessen, was ein gurudgestoßenes und jeder Rudficht auf England entbundenes Japan für Usien zu bedeuten hätte. Der Kampfruf "Asien den Asiaten" könnte seine Wirkung in verheerendster Weise auch im englischen Herrschaftsgebiet geltend machen. Insbesondere wenn er auch von derjenigen europäisch-asiatischen Macht aufgenommen würde, die schon heute in Indien und Perfien Englands erbittertster Feind ist: Bon Rugland. Selbstbestimmungsrecht und Befreiung der Bolter von der Anechtschaft Englands und Berrichaft des angelfächsischen Rapitalismus und Weltausbeutertums, Panislamismus, Panbuddhismus oder was für Rampfworte dann noch geprägt werden mögen, verfehlen ichon heute bei den Bölkern, auf denen Englands afiatisches Reich sich stütt, ihre Wirkung nicht. Wie viel mehr müßte das der Fall sein, wenn fie von Oftafiens stärkster und bestorganisierter Macht im Berein mit Rugland aufgenommen würden und so eine einheitliche Kampffront aller unterdrückten und ausgebeuteten Bölfer gegen die angelfächsische Weltherrschaft entstünde. Db dieser Rampf sich über Jahrzehnte latent erhalten oder einmal akut zum Ausdruck kommen würde, immer wäre es England, deffen Weltgeltung und Weltstellung in erster Linie auf dem oftasiatischen Besitz beruht, das den Hauptschaden trüge, während Amerika durch diese Borgange nie anders als mittelbar, nie in seinen Grundfesten, getroffen würde.

Und wenn England das japanische Bündnis erneuert? Die letzte Völkerbundsversammlung in Genf hat äußerst aufschlußreichen Einblick in die allmählich sich herausbildende Weltkonstellation gegeben. Kanada stand in allen wesentlichen

Bunkten nicht auf Seite des Bölkerbundes, wie er in Bersailles als erweiterte Organisation der englisch-japanischen Weltpartei einschließlich der durch die außertontinentale Unterstützung zu fünstlicher Herrschaft über Europa erhobenen Rest= landsmacht Frankreich und deren Unhängsel geschaffen worden war. Es wollte von einer Wirtschafts- und Finanzgemeinschaft mit dem Versailler Völkerbund, bezw. der englisch=japanisch=französischen Weltpartei und von Gebietsgarantien zu deren Gunsten nach Art. 10 nichts wissen. Ranada als das wichtigste aller englischen Dominions steht politisch, wie es durch seine geographische und wirtschaftliche Lage notwendig bedingt ist, auf dem Standpunkt der Vereinigten Staaten. Ranada wird gegen eine Erneuerung des japanischen Bündnisses die allerschwersten Bedenken erheben. Denn es weiß, daß diese unvermeidlich zum Gegensat Amerika-England und damit zu einem Wettruften zwischen den beiden Weltmächten führt, deffen Umfang sich ungefähr an den gewaltigen Anfängen, die heute schon gemacht sind, ermessen läßt. England als Japans Bundesgenosse, der diesem seine moralische und militärische Unterftühung bei der Bekampfung der amerikanischen Festsehung in Oftafien leiht, wurde durch dieses Berhältnis zu Japan mehr und mehr auch der Gegner Amerikas.

England verdankt seine einzigartige Weltstellung in den letten zwei Jahrhunderten nicht zulett seiner "splendid isolation", d h. dem Umstand, daß es sich nie in dauernde Verbindung mit andern Mächten einließ, sondern sich immer die Ture nach mehreren Seiten bin offen hielt und nur im entscheidenden Augenblic, wie 3. B. in diesem Rriege zur Niederwerfung des gerade gefährlichsten Nebenbuhlers ein vorübergehendes Bündnis einging. Bielleicht gelingt ihm das geniale Spiel, das seine überlegene Diplomatentunst in den ersten 11/2 Jahrzehnten dieses Jahrhunderts gespielt hat, noch einmal: Sich nach keiner Seite hin ganz festzulegen, den einen zum Kriege mit dem Rivalen zu verleiten, indem es ihn im Glauben erhält, daß es bei einem fünftigen Konflitt sich nicht beteiligen werde, den andern dadurch zum Austrag des Konflitts zu ermuntern, daß es ihm beimlich seine Unterftugung zusagt, und dann im gegebenen Augenblick, wenn die beiden Gegner sich unrettbar in einander verbissen haben und einander an die Rehle fahren, doch mitzutun und dafür zu sorgen, daß beide sich gegenseitig gründlich zerreiben und nicht etwa der eine völlig über den andern siege, und schließlich als der lachende Dritte übrig zu bleiben. Englands Spiel mit Deutschland auf der einen, mit Frankreich und Rufland auf der andern Seite, wird sich vielleicht mit neuen Spielern wiederholen.

Harding hat unterdessen auf den Herbst zu einer sog. Abrüstungskonferenz nach Washington eingeladen, auf der die Frage der amerikanisch-japanischen Rivalität, der Schlüssel zu Weltfrieden oder Weltkrieg, behandelt werden soll. Ob nicht England als eigentlicher Urheber dahinter steht, ist fraglich. Fraglich ist ferner, ob sie von den in Betracht kommenden Ländern beschickt werden wird. Japan bessindet sich in der Lage Deutschlands bei den Haager Friedenskonferenzen. Wenn in Washington eine Abgrenzung der Interessensphären zu Stande kommt, dann nur auf Kosten Japans. Wenn Japan freiwillig darauf Berzicht leistet, auf was Deutschland damals nicht Berzicht leistete, auf den Anspruch nach Weltmacht und Weltgeltung, dann wird es in Washington zum Ausgleich und damit auch zur Beschräntung der Rüstungen kommen. Leistet Japan diesen Berzicht nicht — und es ist damit zu rechnen —, dann wird die Konferenz ergebnissos sein. Vielleicht

schickt Japan seinen Vertreter nicht einmal hin und lädt damit, wie Deutschland s. 3t., das Odium des Weltfriedenstörers auf sich, während Amerika wieder einmal mehr — was der amerikanischen Regierung in Anbetracht der pazifistischen Strösmungen im eigenen Lande sehr erwünscht sein muß — vor der Welt und dem eigenen Gewissen das Gesicht des Friedensfreundes bewahrt hat.

Nachdem Genf als die pazifistisch ausgezogene Fortsetzung der Friedensverhandlungen von Paris, die für die Serstellung eines auch nur einige Jahre oder Jahrzehnte dauerhaften Friedens gänzlich unfruchtbar blieben, ebenfalls völlig versagt hat, soll jett im Serbst in Washington der immer noch nicht hergestellte Weltfrieden geschlossen werden. Sind auch die Aussichten gering, so ist doch der Ansapunkt, der in Genf von vorneherein verkehrt und damit Genf von vornherein aussichtslos war, der richtige: Der Weltmächtegegensat Amerika-Japan. Gelingt hier der Ausgleich, dann sinden die Weltmächte wieder Kraft und Muße, auf dem europäischen Festland, das heute durch einen unsinnigen Friedensvertrag dem kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang zugetrieben wird, zum Rechten zu sehen und Europa auf friedlichem Wege den ersehnten Frieden zu bringen. Gelingt er nicht und kommt es früher oder später zu erneutem Weltsamps, dann wird bei der Gelegenheit auch Europa durch Gewalt und Krieg aus seinem unhaltbaren Zustand befreit und neu geordnet werden.

Rheinisches Stimmungsbild.

Alle Welt schreit nach Wiederausbau des die in seine tiessten Grundssehen erschütterten Europa, und vor alsem alse Völker haben das stärkste Interesse an der inneren Wiederherstellung Deutschlands. Es ist zu ofsenkundig, daß ohne normales, ordnungsgemäßes Funktionieren dieses Teils des sesstlädendichen Organismus eine Regeneration in dem kranken Europa nicht stattsinden, die über der ganzen Welt liegende Kriss nicht behoben werden kann. Aber merkwürdig, so aufrichtig das Bedürsnis der ganzen Welt nach ausbauender Tätigkeit ist, die zerstörenden Mächte behaupten dennoch das Felds, so allgemein der Wille ist nach Frieden, wirklichem Frieden: Krieg, Kriegsmentalität, Kriegsmethoden beherrschen die Lage und das gilt vor allem dem Lande gegenüber, dessenkthoden Bechrischen die Lage und das gilt vor allem dem Lande gegenüber, dessenkthoden Bechrischen die Grundvoraussetzung für die Rückehr zu normalen, gesunden Berhältnissen zur Ausbe kommen mützt, untersteht fortzauernd dem schwersten Druck, der letztlich immer wieder die beginnende Besserung hintan hält. Es ist dabei leider nicht so, daß man da vor einem Berhängnis, vor einem duntsen Schicksalt steht, dem gegenüber alle Wittel, alle Lösungsversuche versagen, nein, es ist eine Situation, bei der alle Welt weiß, was geschehen müßte, wie geholfen werden könnte; aber da ist eine dämonische Wacht, die das Gute nicht will und überall das Böse schaft: Frankreich. Ueberall stößt man auf diesen französsischen Wachtegoismus als sehte Ursache der sich hinschleppenden Weltkrise. Auf Oberschlessen kann die Polen, läßt sie das dortige gewaltige Industrisentrum in heilsessetzung dieser sür die Welt als ob die Franzossen noch wie vor 120 Jahren rein militärische, politische Untersochungsenschlichen damit versolgten und den Polen in der Zerstörung dieser sür die Welten waht diesen macht durch die Welten Wächter Frankreich den Militärs alles ja auch mitspielen. Aber man darf nicht vergessen: das moderne Frankreich den killen in der Zange hielten Das mag bei den Franzossen und besond

gang davon abhängt, daß sie ihre Boltstraft, ihre Intelligenz, ihr Genie in der Sauptsache den durch die Machtstellung notwendig werdenden machtpolitischen und verwaltungspolitischen Aufgaben zuwenden kann; für die Wirtschaft, die Produktion, ohne die die Aufrechterhaltung einer Machtposition, wie die jezige französische, nicht möglich ist, mussen andere in Dienst gestellt werden. Damit das Herrenvolk sich den höheren Aufgaben, die das Herrschen mit sich bringt, ungehindert widmen kann, muffen auf dem Gebiete der Wirtschaft Fronvölker in Funktion treten. Und wer tönnte das besser, als diese organisationsbegabten, wirtschaftstüchtigen, arbeitswütigen Deutschen mit ihren einzigartigen Wirtschaftsapparaten, die sie immer wieder unter allen hemmungen und Schwierigkeiten in Gang erhalten. Im Often sollen sie es im oberschlesischen Industriegebiet im Rahmen des polnischen Frankreich tun, damit der Basallenstaat Polen seine ungeheuren Verpflichtungen und Schulden Frankreich gegenüber bezahlen fann.

Während der Deutsche im Osten mittelbar als polnischer Untertan französische Frondienste leistet, tut er es im Westen in unmittelbarer Abhängigkeit zu Frankreich. Das linksrheinische Wirtschaftsgebiet als Teil der französischen Wirtschaft und Aufnahmemartt für französische Produktion ist und bleibt das Ziel aller französischen Festlandspolitik. Der deutsche Arbeiter, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, die Rohlengruben und Erzminen, die Fabriken und Werkstätten im Saarland und im Rheinlande, die ganze daselbst vorhandene unverwüstliche deutsche Arbeits= und Konsumationstraft sollen dazu dienen, daß Frankreich das alte Rentner= ideal weiterpslegen und seinen jungen Nachwuchs, die geistige Elite der Nation den der Leitung und Berwaltung dienenden Berufen und der Armee zuführen kann. In Frankreich rechnet man in Zukunft mehr und mehr mit dem Abströmen der Arbeitstüchtigen in die unproduktiven Berufe, wo es mühelos zu leben und zu herrschen gibt. In dem Maße mussen in Deutschland die Massen mobil gemacht werden, die ihre Produktionskräfte in seinen Dienst stellen.

Mus diesen Gründen tann es Frankreich nicht darum zu tun sein, den Wirtschaftsorganismus im Rheinlande oder in Oberschlesien zu zerschlagen; es hat im Gegenteil nur ein Interesse an einem blühenden, normal funktionierenden Körper. Aber vorübergehende Krankheit und vorübergehendes Siechtum können wohl die Wirkung haben, daß die Betroffenen immer murber und gefügiger werden und schließlich dahin kommen, wo man sie haben will: in den apathischen Bustand, in dem man auch die verschleierte oder unverschleierte französ sische Serricaft dem langsamen aber todsicheren Sinsterben vorzieht. Das ist der tiefere Sinn der französischen Sanktionspolitik im besetzten Gebiet, und mit dem großartigen Handels= und Gewerbsleben des Rheinlandes steht es schon jett so, daß es dem Zusammenbruch nahe ist. Der Verband der Kölner Großfirmen hat darüber eine Denkschrift veröffentlicht, die ein Bild gibt von den furchtbaren Schädigungen des deutschen rheinlandischen Wirtschaftslebens seit Errichtung der Zollinie gegen das unbesetzte Deutschland und der Tätigkeit der Aus- und Ginfuhrstelle in Ems. Die Belastung von Rohstoffen und Erzeugnissen durch Zölle und Emser Gebühren, die Vermehrung der unproduktiven Arbeit infolge Verzollung und Genehmigungsverfahren, die Störung des Güterverkehrs, ja teilweise völlige Stodung desselben, die Erhöhung der Untosten, die Entwidlung des Schiebertums und Schmugglerwesens ergeben 20 verschiedene Schadenquellen, die mehr ober minder großen Rudgang des Umfages, Berminderung der Arbeiter und Angestellten, Stilllegung von Betrieben, Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung, ja Entwicklung wirklicher sozialer Not zur Folge haben.

Im einzelnen wird unter anderem nachgewiesen, daß der durch Spediteure vermittelte Güterverkehr um 60 % zurückgegangen ist. Eine Faßgroßhandlung mußte vollständig zum Stillstand kommen, weil ihr durch Berzögerung der Gin- und Ausfuhrbewilligung Aufträge von über 10,000 Fässern im Werte von 700,000 Mt. ents gingen. Die Jutegewebe- und Gade-Industrie hat 75 % ihres bisherigen Umsatzes verloren, bisher sind 25 % der Arbeiter und Angestellten entlassen. In der Kistenindustrie wurden 40 % der Aufträge aus dem unbesetzten Gebiet für nichtig erklärt, bedeutende Elektrizitätswerke haben ihre Stromerzeugung um 50 % herabgesetzt. Um schwersten sind die Hauptindustrien des besetzten Gebietes, Eisen-, Stahl- und Holzindustrien betroffen. Der Industrieverband für den Stollberg-Eschweiler Industriebezirk teilt mit, daß Auftragsbestände kast gar nicht mehr vorhanden sind, in der Textils und Glasindustrie wurde die Arbeit gestreckt, die 1. Juni mußten trotz dem mehrere Hundert Arbeiter entlassen werden. In einem Betrieb der chemischen Industrie fallen zur Zeit wöchentlich 3912 Arbeitsstunden aus, in einem Walzwerk wird abwechselnd eine Woche gearbeitet und geseiert, die Fensterglas-Industrie ruht vollständig, die Arbeiterschaft wird mit Notstandsarbeit beschäftigt usw. Ein Bericht der Düsseldorfer Regierung meldet die Ende Mai 72 Stillegungen im Regierungsbezirk, vom 1. dis 24. Juni wurden weitere 27 Betriebe stillgelegt, beziehungsweise eingeschränkt, von 550,000 Arbeitern in demselben Bezirk sind etwa 200,000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. In der Papierindustrie ist der Auftragsbestand um 50 % zurückgegangen. Bei einer Maschinenfabrik beträgt der Auftragsrückgang 66 %, bei einer Wertzeugsabrik 60 % usw. Kein Wunder, daß daraus gesolgert wird: Bei Andauern der Sanktionen muß die Industrie vollständig zu Grunde gehen.

Das Unheil, das durch die Sperrung des freien Wirtschaftsverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gediet schon groß genug ist, wird nun noch über alle Maßen dadurch vermehrt, daß seit Bestehen der Sanktionen ungeheure Mengen von Luxusartikeln, besonders auch von Wein in das besetzte Gediet eingeführt werden. "Die Verhältnisse werden für die Winzer im Moseltal, im Rheingau, in der Pfalz als katastrophal bezeichnet, also gerade wie im Elsaß, wo der billige französische Wein aus dem Midi den einheimischen Winzern den Verkauf ihres Erzeugnisses sast völlig unmöglich macht. Es strömen durch das "Loch im Westen" solche Wassen von Waren in das besetzte Gediet, daß das "Loch du Rhin" sich schon veranlaßt sieht, die französischen Importeure zur Vorsicht zu mahnen; die Absamöglichkeit in das unbesetzte Gediet seiz zur Zeit beschränkt, aber die Lage besser sich schon wieder! Also das ist die einzige Sorge, die die Franzosen bewegt: Die Sanktionen, die Gewaltmaßnahmen der Zollinie am Rhein recht ausgiedig zu benühen, um vom besetzten Gediet möglichst große Massen, um vom desetzten Gediet möglichst große Massen, um vom desetzten Gediet möglichst große Massen sie noch Luxusware in das unbesetzte Gediet zu schieden. Daß diese Sanktionspolitik, wenn sie noch länger andauert, schließlich den Ruin des Rheinlandes zur Folge hat, daß die Volksmassen die zermärbte, verzweiselte Bevölkerung in die rein animalische Stimmung zu versetzen, in der sie nur noch nach Brot und Leden verlangt, einerlei woher es kommt, ob vom Reich oder von Frankreich.

die zermürbte, verzweifelte Bevölkerung in die rein animalische Stimmung zu versetzen, in der sie nur noch nach Brot und Leben verlangt, einerlei woher es kommt, ob vom Reich oder von Frankreich.

Aber einstweilen ist Frankreich noch recht weit von seinem Ziel entsernt. Was es bisher im Rheinlande mit seiner Politik der Zerstörung erreicht hat, ist Haß und Empörung gegen die Fremdherrschaft. Auf dem rheinischen Provinzialslandtag mußte darum der Vertreter der Sozialdemokratie, so schwer es ihn ankommen mochte, bekennen: "Ich, der ich als Sozialdemokrat auf dem Boden des Völkersfriedens und des Völkerbundes stehe, habe noch nirgend gefunden, daß ein solcher Völkerhaß großgezogen worden ist, wie er im Rheinland setzt großgezogen wird". Da ist zu begreisen, daß Schlagwörter wie rheinische Republik, rheinische Selbständigkeit, freier Rheinstaat, setz ganz ihren Kurs verloren haben. Je länger se mehr werden die Franzosen auch im Rheinland die Erzieher zum Deutschtum.

Deutscher Brief.

Es gibt gegenwärtig keine Frage, an der man überzeugender dartun könnte,

welche Kräfte heute die Welt lenken, als die oberschlesische.

Dberschlesien ist längst keine deutsche oder deutsch-polnische Angelegenheit mehr, sondern ist zu einer Schicksalsfrage Europas und damit der Welt geworden. In ihrer Beantwortung muß offenbar werden, ob bei den Siegerstaaten ein Wille für einen organischen Wiederausbau Europas vorhanden ist, ja ob sich überhaupt die Erkenntnis der großen Zusammenhänge bei deren Staatsmännern hat durchsehen können, oder ob diese die Schuld auf sich nehmen wollen, die oberschlesische Frage als eine reine Sache der Macht und des politischen Schachers zu lösen.

Die Weltlage ist so verworren und verfahren, daß gegenüber dem allgemeinen Unglück halbe und veraltete Mittel und Mittelchen nichts fruchten können. Hilfe fann nur gefunden werden, wenn man endlich die Notwendigkeit großer staatenbaulicher Gesichtspunkte für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft einsieht.

Und da lautet die Frage nicht mehr: wem bringt es machtpolitisch Nuken, daß Oberschlesien ihm zugeschlagen werde, sondern in welchen organischen Zusammenhang im staatenbaulichen Sinne gehört Oberschlesien, welchen Kräften verdankt es seine bisherige wirtschaftliche Blüte, welches Volk ist der Träger seiner Kultur, und welcher Staat ist in der Lage, die von Oberschlesien für die Weltwirtschaft zu leistende Arbeit aus dem Lande herauszuholen?

Diese Fragen sind beantwortet. Es sei nur an das ausgezeichnete Buch von Sidnen Osborne: "Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem", und

an die Auffätze des Schweizers Martin Mächler erinnert.

Polen hat in seiner ganzen bisherigen Geschichte bewiesen, daß aus seinem Bolt nicht die Kräfte entwickelt werden können, die eine vernünftige wirtschaftliche Erschließung und Weiterentwicklung eines hochstehenden Industrielandes sicher stellen. Ein Staat, der, wie Polen, taum in der Lage ist, einen noch so einfachen Berwaltungs- und Finangkörper zu bilden, wurde mit einer solchen Aufgabe über seine Rräfte belaftet werden.

Hingegen hat Oberschlesien seinen blühenden Stand unter preußisch-deutscher Hoheit erhalten und ist ein untrennbares Glied des großen deutschen Wirtschafts= körpers geworden. Dieser deutsche Wirtschaftskörper aber kann seine Aufgabe gegenüber dem Weltwirtschaftskörper unmöglich lösen, wenn ihm eine seiner wich-

tigsten Schlagadern abgebunden wird.

So liegt die Sache, wenn man die oberschlesische Frage, ohne Beeinflussung durch machtpolitische oder nationalistische Gesichtspunkte betrachtet. Darum wird und muß sich in der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens herausstellen, ob die Entente entsprechend ihren früheren Aeußerungen gewillt ist, im Sinne eines wirklichen wirtschaftlichen und staatenbaulichen Wiederaufbaus zu handeln. Sie muß jett Farbe bekennen. Berfagt sie hier, so verwirkt sie das Recht, die Leitung der Geschicke aller Bölker zu beeinflussen.

In Deutschland ist man längst müde geworden, an das Gewissen der Welt zu appellieren. Die hohen Begriffe des Rechts, der Selbstbestimmung der Bölker, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit sind seit Bersailles so mit Füßen getreten und entwertet, daß eine Berufung auf sie ohne Sinn und Klang ist.

Gewissen ist ein auszeichnender Besitz einiger weniger Menschen. Wir wenden

uns an ein anderes Organ, das noch Gemeingut vieler geblieben ist: an den ge-

sunden Menschenverstand, den common sense.

Wir verzichten darauf, Gründe des Rechts, der Abstimmung und des tulturellen Zusammenhangs ins Gefecht zu führen, sondern halten uns an die Gesichts= punkte, die jedem mit Bernunft begabten Menschen zugänglich sind. Eine Aenderung des unhaltbaren Zustandes in allen Ländern liegt im Interesse der menschlichen Bernunft. So fordern wir, das Schicksal Oberschlessens im Sinne des allgemeinen Wiederaufbaus nach objektiven Gesichtspunkten, denen des Staatenbaus und der Weltwirtschaft, zu prüfen.

Einen verständigen Bund der Bölker gibt es nicht. Wir wenden uns an den

Bund der Verständigen in allen Völkern.

Rudolf Bechel.

Wie man fich in Frankreich das Verhältnis des Völkerbundes zur Entente vorstellt.

Die angesehenste französische politische Monatsschrift ist die "Revue Politique et Parlementaire". In ihrer Nummer vom 10. Juli 1921 bringt sie einen Aufsatz von Herrn Joseph-Barthélemy, Professor an der Pariser Rechts-Fakultät, Kammer-Abgeordneter und Mitglied der Regierungskommission für die auswärtigen Angelegenheiten. Dieser Aufsatz "Der Uebergang zu dem Friedenszustand" enthält u. A. eine Betrachtung über die Tätigkeit des Völkerbundes, der natürlich höchlich gepriesen wird. In erster Linie wird da dessen segensreiche Tätigkeit im Saargebiet hervorgehoben, dessen Berwaltung der Vertrag von Versailles dem Völkerbund "anvertraut" hat. Die dortige Regierungskommission verfügt nur über 30 Landjäger, während zur Aufrechterhaltung der Ordnung deren viertausend nötig wären, was für das Land eine unerschwingliche Last bedeuten würde. Unter diesen Umständen hat die Kommission "die einzig vernünftige Lösung gefunden; sie hat sich französische Truppen erbeten".

Für Danzig hat der Bölferbund einen "analogen Auftrag" (Mandat)

erhalten.

Weiter: Das arme Desterreich liegt am Boden und muß gerettet werden, besonders weil es sonst die Vereinigung mit Deutschland verlangen würde und zwar so fräftig, daß jeder Widerstand dagegen vergebliche Mühe wäre. Dieser "Stummel" in seiner Fäulnis ist auch sonst eine Gesahr für Europa. Also bedeutet die Rettung Desterreichs eine Notwendigkeit für Europa. Es gilt u.a. "einen glimmenden Herd des Deutschtums auszulöschen." Und damit ist nun im vergangenen Monat März "vom Obersten Rat (der Entente) der Völkerbund beauftragt worden".

In dieser und anderen Friedensmissionen (des Völkerbundes) "muß Frankreich die vornehmste Rolle spielen, wofür der bloße Name des französischen Vertreters im Völkerbunds-Rat uns die größte Gewähr bietet; wir sprechen von Herrn

Gabriel Hanotaux."

"Trot der Imperialismen" (der Verfasser meint natürlich nicht etwa Frankreich), "trot der Widerstände, trot der übeln Stimmung, trot der Zweifelsucht wird der Völkerbund zur Notwendigkeit für die Welt und wird ihr den Frieden bringen".

Soweit herr Joseph-Barthelemy.

Der Oberste Rat der Alliierten hat den Bölkerbund "beauftragt".

F.

Bilfe für die russischen Gelehrten.

Borbemerkung der Schriftleitung: Wir geben im folgenden gerne einem Aufruf zugunsten der dem Verhungern nahen russischen Gelehrtenwelt unseres Mitarbeiters Jacques Handschin Raum, der selbst die vor einiger Zeit Schutzeschlener des "Hauses der Gelehrten in Petersburg" war, denn wir sind der Meinung, daß eine solche Hisperwährung — die in Anbetracht des niedrigen finnischen Markturses auch bei kleinen Beträgen in Schweizerfranken eine wesentliche Unterstützung bedeutet — Pflicht aller derer ist, denen an der Bewahrung europäischen Geisteslebens und Kulturgutes gelegen ist und daß solche Hilfe sicherlich auch zur allmählichen Wiederaufnahme jener geistigen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen beitragen wird, die zwischen Rußland und dem übrigen Europa bestehen müssen, wenn nicht dieses Europa selbst zu Grunde gehen soll.

Man las verschiedentlich von Hilferusen, die durch eine russische Berühmtheit an eine westeuropäische Berühmtheit gerichtet wurden: Helft, organisiert Sammlungen, schickt Lebensmittel für die geistige Oberschicht des russischen Bolkes, damit
sie erhalten bleibe und in das neue Rußland die Kulturgüter des alten, die allgemein-europäischen Kulturgüter hinüberrette. Gewiß regte sich dabei bei manchem
Leser der Wunsch zu helsen. Er mochte daran denken, wie eng russische und westeuropäische Kultur miteinander verwachsen sind, sich dessen erinnern, wie im Laufe
des vergangenen Jahrhunderts fortwährend ein Strom vom Anregungen von Westen
nach Osten ging und umgekehrt von dort herrliche Geistesfrüchte zurücktamen; und
leise regte sich vielleicht auch ein Gefühl der Verantwortlichkeit: ist es nicht Pflicht
eines Europäers mitzuwirken, damit die östliche Hälfte Europas, dieses auch kulturell
so fruchtbare Land, in Zukunft nicht eine Wüste sei? Doch bestand bis jeht keine
Möglichkeit, solche Gefühle in die Tat umzusehen.

Nunmehr ist dies anders geworden. Un der finnländischen Akademie der Wissenschaften in Helsingfors hat sich eine Organisation gebildet, deren Zweck es ist, den russischen Gesehrten zu Hilfe zu kommen, — die "Finnländische akademische Kommission zur Unterstützung russischer Gelehrter" unter dem Vorsitz des Professors Ruina; und dieser Organisation ist es bereits gelungen, die Hilfeleistung in die

Wege zu leiten: sie erwirkte von den beiderseitigen Regierungen die Erlaubnis, die von ihr organisierten Transporte durch eigene Delegierte an Ort und Stelle verbringen und dort die Verteilung überwachen zu lassen. Die erste Spende von Nahrungsmitteln kam von der sinnländischen Regierung, und sie wurde durch zwei Mitglieder der Kommission, Prosessor Igelström und Dr. Mansikka, Ende Mai dieses Jahres nach Petersburg verbracht. Was die Delegation nach ihrer Rücksehr zu erzählen wußte, ist ergreisend (ein Bericht darüber sindet sich in der Pariser russischen Zeitung Dernières Nouvelles). Auf der einen Seite malt sie ein Bild der bittersten Not, — es wird erzählt, wie ein Akademiker von europäischem Rus ohne Unterwäsche, wie ein Bettler gekleidet, mit einem Sack kam, seine Ration abzuholen. Auf der anderen Seite zeugt der Bericht vom unbezähmbaren Mut und von der Hingabe dieser Gelehrten, welche ihre äußersten Kräfte daran sehen, das Erbe, dessen Hücken sie sind, zu erhalten. Die sinnländischen Gelehrten konnten sich überzeugen, daß in der Kunstsammlung der Eremitage und in den Bibliotheken (der Oeffentslichen und derzeinigen der Akademie der Wissenschaften) volle Ordnung herrscht, wenn auch z. B. in der Eremitage die Kunstgelehrten selbst das Schneeschauseln, Wasservungen und Holzspalten besorgen müssen, um die Räume vor dem Verfalt zu bewahren; und bei allem Elend werden doch wissenschaftliche Werke gedruckt (die sinnländische Kommission erwirkte denn auch die Erlaubnis, solche Publikationen

von Rugland aus- und in Finnland einzuführen).

Leider erwies sich die erste Lebensmittelsendung als zu gering für den Bedarf. Nur die Hälfte derjenigen, welche in den Listen des "Hauses der Gelehrten" in Petersburg geführt werden, konnte ein Paket erhalten (die Zahl der Schutzbefohlenen des "Hauses der Gelehrten", welche vor einem Jahr 2000 betrug, ist gegenwärtig laut brieflicher Mitteilung von Professor Igelström auf 6000 angewachsen). Die finnländischen Gelehrten erwarten nunmehr, daß man ihnen von allen Seiten in ihrem Beginnen zu Hilfe komme, denn das kleine Finnland allein könnte die Last nicht tragen. Sie richten ihren Ruf in erster Linie an diejenigen, welche in geficherter Lage einen geistigen Beruf ausüben, da sie von diesen das Gefühl professioneller Solidarität mit den russischen Rollegen erwarten; aber sie richten ihn auch im weiteren Sinne an alle, welche zu würdigen wissen, was eine in Kunst, Wissenschaft und Literatur produktive russische Rultur für Europa bisher bedeutete und in Zukunft bedeuten muß. Sie haben die Absicht, auch weitere Transporte durch eigene Delegierte an Ort und Stelle geleiten zu lassen, — vorerst nur nach Petersburg, wo die Not ja größer ist als in Moskau; und sie beabsichtigen, wenn sie etwas mehr Mittel erhalten sollten, auch die zeitweilige Unterbringung russischer Gelehrter in ausländischen Sanatorien zu ermöglichen, was in einzelnen Fällen eine dringliche Frage bedeutet; sollten schließlich die dringenosten leiblichen Bedürfnisse befriedigt sein, so wird sich das Problem der Versorgung der russischen Gelehrten mit Büchern, d. h. mit den wissenschaftlichen Neuerscheinungen der letten Jahre, erheben. In erster Linie erbittet die Kommission Geldsendungen, welche in beliebiger Sohe an folgende Adresse zu richten sind: Prof. 3. Mittola, Selsingfors, 5 Mejlans (wie der Schreiber dieser Zeilen erfährt, sind Postanweisungen nach Finnland nicht in Finnlandmark, sondern in schwedischen Kronen auszufüllen; die schweizerische Post übernimmt solche Anweisungen gegen Einzahlung von Fr. 1.32 pro Krone; andrerseits kann man auch Bankcheds nach Helsingfors schiden, und zwar diese gegenwärtig zum Satz von ca. Fr. 12.— pro 100 Finnlandmark). An dieselbe Adresse können auch Sendungen von dauerhaften Lebensmitteln wie Schokolade, Kondensmilch gerichtet werden (die schweizerische Post berechnet für ein einsgeschriebenes Paket dis zu 5 Kg. Fr. 380); doch sind Geldsendungen deswegen erwünschter, weil in Helsingsors alles zu haben ist und weil die dortigen Gelehrten am ehesten in der Lage sind, zu beurteilen, was ihren Petersburger Kollegen in sedem Moment am dringendsten Not tut. Es ist sogar die Möglichkeit gegeben, Spenden an ganz bestimmte Petersburger Gelehrte gelangen zu lassen (hierfür ist das Verkahren ein anderes: man besiehe solche Gaben nur in natura an Prof. das Verfahren ein anderes: man beliebe solche Gaben nur in natura an Prof. A. Igelström, Bibliothekar an der Universität, Helsingfors, zu adressieren, indem man unten auf russisch aufschreibt "Petersburg — Haus der Gelehrten — für NN").